JUNGE UNION DEUTSCHLANDS

Starke Union. Sicheres Deutschland.

Beschluss beim Deutschlandrat der Jungen Union

am 25./26. Juni 2016 in Deggendorf

Wir als Junge Union sind überzeugt: Deutschland braucht eine starke Union. Unser Land braucht selbstbewusste bürgerliche Volksparteien, die sich Neuem gegenüber nicht verschließen, dabei aber auch ihre Werte und ihren Markenkern nicht vergessen. Unser Land braucht eine Union, die die Menschen anders als Grüne, SPD und Linke so nimmt, wie sie sind, und sie nicht mit ideologischer Politik zu vermeintlich besseren Menschen erziehen will. Unser Land braucht eine Union, die eine klare Sprache spricht und die Anliegen der Menschen ernst nimmt. Unser Land braucht eine Union, die anders als die AfD die Zukunft als Chance begreift und nicht vorgibt, komplexen Problemen mit einfachen Lösungen begegnen zu können. Und unser Land braucht eine Union, in der sich CDU und CSU auf das besinnen, was sie verbindet: Eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Überzeugungen und das gemeinsame Ziel einer starken Union für ein starkes und sicheres Deutschland.

Starker Rechtsstaat für freie Bürger

Die schrecklichen Terroranschläge in Paris und Brüssel und die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln haben das Sicherheitsempfinden vieler Menschen in unserem Land erschüttert. Konflikte in weit entfernten Ländern wirken sich plötzlich ganz unmittelbar auf das Leben in Deutschland aus. Unser Land rückt zunehmend in den Fokus internationaler Terroristen, wie etwa der vereitelte Anschlag des Islamischen Staats auf Düsseldorf zeigt. Zugleich beeinträchtigen anhaltend hohe Einbruchszahlen und immer neue erschreckende Berichte über Gewalttaten im öffentlichen Raum das Grundvertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates. Dieser Entwicklung gilt es entgegenzuwirken.

Für uns als Junge Union steht fest: Innere Sicherheit, die Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in Deutschland – das ist ein unverrückbarer Markenkern von CDU und CSU und ein elementarer Bestandteil unserer gemeinsamen politischen Überzeugungen. Freiheit und Sicherheit stellen für uns keine Gegensätze dar, sondern bedingen einander: In einer unfreien Gesell-

schaft besteht keine Sicherheit. In einer unsicheren Gesellschaft kann Freiheit nicht gelebt werden. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land auch in Zukunft in Freiheit und Sicherheit leben können. Deshalb müssen wir unsere freiheitliche Gesellschaft mit aller Entschiedenheit verteidigen. Dazu gehört auch eine noch effektivere Steuerung der Zuwanderung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene.

- Die Bundespolizei und die Polizei vieler Länder stehen an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Personalmangel und immer neue Großeinsätze haben riesige Überstundenberge entstehen lassen. Wir fordern daher eine deutliche Stärkung unserer Polizei durch Schaffung zusätzlicher Plan- und Ausbildungsstellen. Zudem sollen die Bundespolizei und die Polizeibehörden der Länder von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Hierzu schlagen wir die bundesweite Einstellung von Polizeiverwaltungsassistenten vor, um ausgebildete Polizeibeamte für den operativen Dienst zurückzugewinnen. Hilfspolizisten lehnen wir ab.

- Das zunehmende Maß an Gewalt gegenüber Sicherheitskräften ist alarmierend. Allein 2014 gab es deutschlandweit über 33.000 Fälle von Gewalt gegen Polizisten. Für uns ist klar: Wer für unsere Gesellschaft seine Gesundheit aufs Spiel setzt, verdient das größtmögliche Maß an Schutz und Unterstützung. Neben einer besseren Ausstattung– so soll u.a. bundesweit der Einsatz von Elektroschockpistolen erprobt werden – fordern wir daher die Einführung von Bodycams, um von Gewalttätigkeiten gegen Beamte abzuschrecken und im Falle eines Angriffs die Aufklärung zu erleichtern. Zugleich fordern wir die Einführung eines eigenen Schutzparagraphen im Strafgesetzbuch (§ 112 StGB), der tätliche Angriffe auf Beamte des Polizeidienstes oder Helfer von Feuerwehren, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten verschärft bestraft.

- Die polizeiliche Tätigkeit ist immer stärker durch Einsätze bei Großveranstaltungen geprägt. Insbesondere die Auseinandersetzung mit organisierten militanten Gruppen wie dem „Schwarzen Block“ setzt die Beamten dabei unter enorme physische und psychische Belastung. Im Gegensatz zu Teilen des linken politischen Spektrums haben wir großes Vertrauen in unsere Polizisten. Die individuelle Kennzeichnung einzelner Polizeibeamter lehnen wir deshalb entschieden ab. Gleichzeitig fordern wir, stärker gegen Personen vorzugehen, die das Demonstrationsrecht für Gewalttätigkeiten missbrauchen. Für Straßenschlachten ist in unserem Land kein Platz. Bundesprogramme zur Prävention von linker

Militanz sollen ausgeweitet werden.

- Der öffentliche Raum muss sicher bleiben und sicherer werden. Die Junge Union setzt sich für Videoüberwachung ein. Sie ist ein effektives Mittel, um etwa an großen Plätzen und im öffentlichen Nahverkehr Straftaten gezielt entgegentreten zu können und Angsträume zu entschärfen. Ziel sollte es sein, bis 2020 nahezu alle U- und S-Bahnhöfe in Großstädten mit Videokameras auszustatten. Zusätzliche Überwachungskameras allein werden die Kriminalitätsrate jedoch nicht zwangsläufig senken: Die Junge Union fordert daher auch die Einstellung von geschultem Personal für die Auswertung der Kameras sowie eine Erhöhung der Zahl der Sicherheitskräfte, die bei aufgezeichneten Delikten unmittelbar zur Stelle sind sowie an Brennpunkten regelmäßig Präsenz zeigen.

- Gegen gewaltbereite, alkoholisierte Menschen, die in Bussen und Bahnen pöbeln und andere belästigen, muss vorgegangen werden. Dazu ist der ausreichende Einsatz von Sicherheitspersonal notwendig. Gleichzeitig haben sich dort, wo vermehrt derartige Probleme aufgetreten sind, Alkoholverbote im ÖPNV als effektive und von den Bürgern akzeptierte Präventionsmaßnahme erwiesen. Wir unterstützen daher solche durch die jeweilige Situation vor Ort begründete Maßnahmen. Ein generelles Verbot von Alkoholkonsum im gesamten ÖPNV lehnen wir dagegen ab.

- Ein wichtiger Grundsatz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist der Schutz des Eigentums. Durch den in vielen Bundesländern rasanten Anstieg von Wohnungseinbrüchen - auf dem höchsten Stand seit 16 Jahren - wird dieses Grundrecht zunehmend außer Kraft gesetzt. Um die konsequente Verfolgung von Wohnungseinbrüchen effektiver zu gestalten, fordern wir den flächendeckenden Einsatz von „Predictive Policing". Vor allem in den USA werden bereits seit vielen Jahren Softwarelösungen zur Vorhersage von Straftaten eingesetzt. Dabei handelt es sich um Computerprogramme, die in der Lage sind, aus den Einbruchsdaten der vergangenen Jahre die Wahrscheinlichkeit für das künftige Auftreten von Einbrüchen an anderen Orten zu berechnen. Die regional bereits laufenden Pilotprojekte sollen schnellstmöglich umgesetzt und „Predictive Policing" umgehend flächendeckend eingesetzt werden.“

- Für uns als Demokraten ist selbstverständlich, dass Gewalt gegen Personen oder Sachen keine legitime Form der politischen Auseinandersetzung ist. Die gewaltsame Störung von Parteitagen und dergleichen stellt einen Angriff auf die Grundwerte unserer Verfassung

dar und muss entschieden unterbunden werden. Extremismus von links wie von rechts oder von religiösen Gruppen hat in unserer Gesellschaft keinen Raum. Wer sich nicht klar von Gewalt und extremistischen Gruppen distanziert, darf keine staatlichen Fördergelder erhalten.

- Verbrecherische Banden nutzen in zunehmendem Maße moderne Kommunikationsmittel. Auch die Strafverfolgungsbehörden dürfen deshalb nicht hinter der technischen Entwicklung zurückbleiben. Gerade zur Aufklärung von Bandenkriminalität ist der Zugriff auf Telekommunikationsverbindungsdaten oft unerlässlich. Wir begrüßen daher die Einführung einer verfassungskonformen Mindestspeicherfrist für Verbindungsdaten („Vorratsdatenspeicherung“) und fordern, die Praxistauglichkeit der aktuellen Speicherfrist sowie des Katalogs der zum Zugriff ermächtigenden Straftaten regelmäßig zu überprüfen und ggf. zu erweitern.

- Vor allem im Bereich der organisierten Kriminalität wie etwa der Betäubungsmittel- oder der Schleuserkriminalität fällt es den Behörden häufig schwer, Zugang zu den kriminellen Strukturen zu finden. Wir fordern daher, der Bundespolizei in solchen Fällen den Einsatz von verdeckten Ermittlern bereits zur Gefahrenabwehr und nicht erst zum Zwecke der Strafverfolgung zu ermöglichen.

- Jeder Mensch hat eine zweite Chance verdient. Wer aber wiederholt Gesetze übertritt, darf nicht das Gefühl bekommen, sein Verhalten bleibe ohne Folgen. Wir fordern deshalb eine härtere Bestrafung von Wiederholungstätern, insbesondere bei Gewaltdelikten. Die Strafaussetzung zur Bewährung muss in solchen Fällen eine besonders begründungsbedürftige Ausnahme bleiben. Zugleich fordern wir eine Ausweitung des Warnschussarrests für jugendliche Intensivtäter sowie die Aufnahme des Fahrverbots als eigenständige Sanktion ins Erwachsenen- und Jugendstrafrecht.

- Die von Bundesjustizminister Heiko Maas geplante Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe bei Mord wird dem Unwertgehalt einer derart verwerflichen Tat nicht gerecht. Die jahrzehntelange gefestigte Rechtsprechung unserer Gerichte ist aus unserer Sicht ausreichend, um besonders gelagerten Einzelfällen im Ausnahmefall Rechnung zu tragen. Einer pauschalen Absenkung des Strafmaßes bedarf es dazu nicht. Die geltende Systematik der Mordmerkmale im § 211 StGB soll beibehalten werden.

- Häufig fällt es den Strafverfolgungsbehörden schwer, Terroristen wie etwa Syrien-Heimkehrern oder ihren Unterstützern konkrete Taten nachzuweisen. Wir wollen daher, dass im Zweifel der Syrien-Heimkehrer bei Gefahr im Verzug in einen richterlich genehmigten Unterbindungsgewahrsam genommen werden kann und bereits das bloße Werben für eine terroristische Vereinigung unter Strafe gestellt wird. Wer sich zur barbarischen Ideologie des Islamischen Staates oder ähnlicher Gruppen bekennt, muss die volle Härte des demokratischen Rechtsstaates zu spüren bekommen.

- Einige Straftaten wiederholen sich an Kriminalitätsschwerpunkten immer wieder. Etwa werden am Bahnhof regelmäßig Fahrräder entwendet, auf Volksfesten regelmäßig Portemonnaies gestohlen oder an einschlägigen Plätzen Drogen verkauft. Diesen Mustern muss der Rechtsstaat stark entgegentreten, um keine rechtsfreien Räume aufkommen zu lassen. Dabei soll vermehrt auch mit dem sogenannten "Agent Provokateur" vorgegangen werden, also mit Diebstahlfallen oder verdeckten Ermittlern.

Bürgerrechte schützen – Sicherheitsbehörden stärken

Das immer stärkere Zusammenwachsen der Welt bietet gerade uns als junger Generation ungeahnte Chancen. Gleichzeitig sind jedoch auch Kriminelle und Terroristen zunehmend grenzüberschreitend tätig und nutzen dabei moderne Kommunikationsmittel. Dieser Entwicklung müssen sich auch unsere Sicherheitsbehörden und ihre Befugnisse anpassen.

- Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes haben sich aus guten Gründen und mahnender historischer Erfahrung dafür entschieden, die Sicherheitsarchitektur unseres Landes dezentral zu gestalten. Nie wieder sollte und soll es in Deutschland eine allmächtige Geheimpolizei geben. Klar ist aber auch, dass es im Zusammenwirken von 16 Landespolizeien und einer Bundespolizei, 16 Landeskriminalämtern und einem Bundeskriminalamt sowie 16 Landesbehörden und einem Bundesamt für Verfassungsschutz zwangsläufig zu Reibungsverlusten kommt. Dass dieses Nebeneinander dutzender Behörden im Ergebnis die Nichtverhinderung und Nichtaufklärung erheblicher Straftaten zur Folge haben kann, zeigte nicht zuletzt der NSU-Skandal. Wir fordern deshalb eine deutliche Intensivierung des Datenaustauschs und der gemeinsamen Datenhaltung. Deshalb fordern wir, Sicherheitsaufgaben stärker zu zentralisieren, indem etwa Verfassungsschutz- und Polizeibehörden organisatorisch zusammengeführt werden und die Arbeit der Sicherheitsbehörden stärker als bisher vom Bund koordiniert und gesteuert wird. Bis dahin

fordern wir eine deutliche Intensivierung des Datenaustauschs und der gemeinsamen Datenhaltung. Die bisher geltende Befristung gemeinsamer Projektdateien von Polizei und Nachrichtendiensten auf zwei Jahre ist abzuschaffen.

- Nicht zuletzt die schrecklichen Terroranschläge in Paris im November vergangenen Jahres haben gezeigt, wie wertvoll die Nutzung von Telekommunikationsverbindungsdaten zur Aufklärung terroristischer Taten und Netzwerke sein kann. Wir fordern deshalb, auch unseren Nachrichtendiensten die Nutzung von gespeicherten Verkehrsdaten zu ermöglichen

- Die Attentate in Paris haben zudem gezeigt, wie wichtig ein europäischer Informationsaustausch ist. Bis heute fehlt sogar Richtern in Deutschland der Zugriff auf Vorstrafen im unmittelbaren Nachbarland. Dies muss sich ändern. Die Verfolgungsbehörden müssen diese Daten kurzfristig abrufen können.

- Insbesondere im Bereich des islamistischen Extremismus beobachten die Sicherheitsbehörden in jüngster Zeit immer häufiger die Radikalisierung Minderjähriger. Aus diesem Grund sollen alle Sicherheitsbehörden ermächtigt werden, die Daten Minderjähriger zu speichern. Hier gilt es, den Minderjährigenschutz in eine vernünftige Balance mit den berechtigten Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit zu bringen.

- Angriffe auf unser Land und unsere Gesellschaft erfolgen immer öfter auf digitalem Wege. Die Stuxnet-Attacke auf das iranische Atomprogramm, aber auch die massiven digitalen Angriffe auf zentrale staatliche und wirtschaftliche Institutionen in Estland sowie der Ukraine in den vergangenen Jahren haben augenscheinlich gemacht, wie anfällig ein modernes und vernetztes Industrieland wie das unsere für Angriffe aus dem Cyber-Raum ist. Das IT-Sicherheitsgesetz und der damit bezweckte Schutz kritischer Infrastrukturen kann nur ein erster Schritt sein. Wir fordern daher eine massive personelle und materielle Aufstockung des Nationalen Cyber-Abwehrzentrums und des Kommandos Strategische Aufklärung. Außerdem müssen unsere Behörden rechtlich und tatsächlich in die Lage versetzt werden, zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben auch selbst aktive Computernetzwerkoperationen durchzuführen.

Sicheres Europa – sicheres Deutschland

Wir als Junge Union sind davon überzeugt, dass die Zukunft unseres Landes in einem friedlichen

und geeinten Europa liegt. In Zeiten weltumspannender Handels-, Daten- und Migrationsströme kann auch ein moderner Nationalstaat nicht mehr alle Probleme alleine lösen. Gerade im Bereich der inneren Sicherheit bedarf es daher einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit.

- Wir wollen, dass der Schengen-Raum ein Raum der Sicherheit und Freiheit bleibt. Die zeitweilige Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze während des G7-Gipfels im vergangenen Sommer und die dabei erzielte hohe Zahl an Fahndungstreffern hat jedoch auch gezeigt, dass das Schengensystem in seiner gegenwärtigen Form noch Verbesserungspotential birgt. Wir fordern daher eine sorgfältige Prüfung verschiedener Möglichkeiten, auch ohne Wiedereinführung fester Grenzkontrollen, die Belange der öffentlichen Sicherheit zu wahren. Es ist notwendig das Personal der Bundespolizei für den Grenzschutz deutlich aufzustocken und eine konsequente Schleierfahndung als effizientes Mittel zur Verbrechensbekämpfung im Grenzgebiet durchzuführen. Schengen darf kein Freiraum der Kriminalität werden.

- Die europäischen Staaten sollen und müssen wissen, wer sich im Schengen-Raum aufhält. Deshalb fordern wir die Einführung eines zentralen Ein- und Ausreiseregisters im Rahmen des Schengener Informationssystems. Wer sich illegal im Schengenraum aufhält, indem er etwa die ihm zustehende Aufenthaltsdauer überschreitet oder sich einer aufenthaltsbeendenden Maßnahme entzieht, muss mit Sanktionen von einer zeitweisen bis hin zu einer dauerhaften Einreisesperre für den Schengen-Raum belegt werden. Zugleich fordern wir unseren Sicherheitsbehörden die Passagierlisten inner- und außereuropäischer Flüge vor Abflug zugänglich zu machen.

- Der anhaltende Migrationsdruck auf die europäischen Außengrenzen sowie die unzureichende Umsetzung vereinbarter Maßnahmen durch einzelne Mitgliedsstaaten zeigen, dass auch im Bereich der Grenzsicherung eine stärkere europäische Zusammenarbeit dringend angezeigt ist. Wir fordern daher eine spürbare Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sowie deren zügigen Ausbau zu einer europäischen Grenzschutzpolizei. Da die Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Personal für FRONTEX stellen, muss die Bundespolizei auch aus diesem Grund spürbar mit mehr Personal ausgestattet werden.

- Nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene besteht

gegenwärtig ein erhebliches Defizit im Bereich des Informationsaustauschs der Sicherheitsbehörden. Wir fordern deshalb Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch und die gemeinsame Datenhaltung mit Partnerbehörden aus EU-, EWR- und NATO-Staaten sowie Israel zu schaffen. Zugleich ist die Interoperabilität der verschiedenen IT-Systeme zu verbessern.

Geeinte Gesellschaft

Kriminalität und Terrorismus sind häufig Folgen fehlender persönlicher Perspektiven. Die Geschehnisse im belgischen Molenbeek zeigen: Auch Integrationspolitik ist Sicherheitspolitik. Für uns ist klar: Grundlage unserer Politik sind weder Ideologie und Naivität wie bei Grünen und Linken, noch Emotionalisierung und Ausgrenzung wie bei der AfD.

- Die in zahlreichen deutschen Städten bestehenden Parallelgesellschaften zeigen, dass die Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte gescheitert ist. Viel stärker als bisher muss unsere Gesellschaft daher Integration einfordern und mangelnde Integrationsbereitschaft sanktionieren. Gerade ein freiheitlicher Rechtsstaat wie der unsere muss sein Gewaltmonopol konsequent durchsetzen. „Scharia-Polizei“, illegale Paralleljustiz und ähnlichen Erscheinungen sind entschieden entgegenzutreten. Salafisten und ähnliche Gruppen sind durch die zuständigen Behörden unter verschärfte Beobachtung zu nehmen.

- Viele Millionen Menschen aus aller Herren Ländern leben friedlich in unserem Land. Die große Anziehungskraft Deutschlands auf Menschen aus der ganzen Welt zeigt uns, in was für einem sicheren, freien und prosperierenden Land wir leben. Wir sagen: Wer hier lebt und sich hier integrieren möchte, der ist uns willkommen. Für uns steht aber fest: wer sich voll und ganz auf eine neue Heimat einlassen will, muss sich auch von Aspekten der alten Heimat trennen und sich der Kultur der neuen Heimat anpassen. Die Freiheit zur Ausübung der eigenen Religion und Kultur stößt im Übrigen dort an Grenzen, wo sie andere Grundwerte unserer freiheitlichen Demokratie wie etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau berührt. Wir fordern deshalb ein Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit.

- Der heftige Streit um die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages und die massiven Versuche der türkischen Regierung, die hier lebenden Türken und Deutsch-Türken für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, erfüllen uns mit größter Sorge. Deutschland soll

und darf nicht Austragungsfeld fremder ethnischer, historischer und politischer Konflikte werden. Wir wollen nicht, dass ausländische Regierungsbehörden wie etwa die türkische DITIB die Integration ihrer hier lebenden Landsleute gezielt hintertreiben. Wir wollen keine türkischen Fahnen vor Moscheen.

- Die staatliche Zusammenarbeit (z.B. im Bereich der Schule oder Jugendhilfe) mit Organisationen und Institutionen, die die Gesellschaft spalten und/oder enge Kontakte zu extremistischen Gruppen pflegen, ist zu beenden.

- Wir setzen und für ein Islamgesetz ein. Dies sollte aus unserer Sicht u.a. beinhalten, dass Imame, wenigstens teilweise in Deutschland ausgebildet worden sind, Deutsch sprechen und unsere Grundwerte teilen. Wir sind uns dabei bewusst, dass dies mit muslimischen Verbänden zusammen erarbeitet werden sollte und nur im Konsens aller 16 Bundesländer erfolgen kann."

- Im Gegensatz zu den Grünen steht für uns der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft am Ende einer erfolgreichen Integration und nicht an deren Beginn. Die doppelte Staatsangehörigkeit und das von Grün-Rot eingeführte ius-soli-Prinzip lehnen wir daher ab. Die gegenwärtigen Hürden für den Erwerb einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung sind aus unserer Sicht insbesondere mit Blick auf die geforderten Sprachkenntnisse deutlich zu niedrig und daher anpassungsbedürftig.

- Wer sich bewusst und militant von unserer Gesellschaft abwendet, indem er etwa nach Syrien reist und den Islamischen Staat unterstützt, dem wollen wir in unserem Land keinen sicheren Rückzugsort bieten. Wie fordern daher Terroristen mit mehreren Staatsangehörigkeiten die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Im Übrigen müssen ausländische Straftäter deutlich niedrigschwelliger als bisher mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen und Einreisesperren belegt werden. Dies gilt auch für Asylbewerber, die für eine Straftat rechtskräftig verurteilt werden. In diesem Fall hat die Person durch ihr Verhalten ihr Gastrecht verwirkt. Die Länder werden dazu aufgefordert, etwaige Ausreisepflichtige konsequenter abzuschieben.

- Die Einbürgerung ist für uns ein besonders bedeutsamer Akt. Wir wollen, dass die Aufnahme neuer Bürger nicht in irgendeinem Hinterzimmer einer Stadtverwaltung, sondern in einem feierlichen Rahmen erfolgt. Wie in klassischen Einwanderungsländern wie etwa

in Kanada oder den USA wollen wir die Einbürgerung zudem mit einem feierlichen Bekenntnis zu unserem Land, unseren Werten und unserer Verfassung verbinden. Wer sich die Einbürgerung jedoch durch Angabe falscher Tatsachen rechtswidrig erschlichen hat, dem soll die Staatsbürgerschaft auch über die derzeitigen Rücknahmefristen hinaus wieder aberkannt werden können.

Wir sind überzeugt: Ein klarer und glaubhafter Kurs im Bereich der inneren Sicherheit schärft das Profil von CDU und CSU und ist gut für unser Land. Dafür wollen wir uns als Junge Union in unseren Mutterparteien einsetzen. Für eine starke Union. Für ein sicheres Deutschland.